Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim.
Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 38. **Mittwoch** den 22. Januar 1902. **96. Jahrgang.**

Hie Rosebery, hie Lansdowne.

Man schreibt uns: Englands Ansehen und seine Stellung unter den Mächten haben unter dem Einflusse des Krieges schwer gelitten — also läßt sich der Inhalt der wirkungsvollen Rede Lord Rosebery's im Oberhause kurz zusammenfassen. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Lansdowne, ist der entgegengesetzten Ansicht. Die Haltung des Landes während des Krieges, die militärischen Leistungen und die Solidarität aller Theile des Reiches hätten die Achtung und Werthschätzung anderer Länder für England nur gesteigert.

Welcher der beiden Staatsmänner hat Recht? In gewisser Hinsicht müssen wir uns auf die Seite Lord Lansdowne's stellen, obgleich wir glauben, daß Alles in Allem der Krieg Englands Stellung unter den Mächten stark herabgedrückt hat. Dies mag paradox klingen, aber eine Erinnerung an eine Fabel des Boccaccio wird zum Verständniß unserer Auffassung führen. In der Zeit der größten Verderbniß des Papstthums lebten zu Marseille ein christlicher und ein jüdischer Kaufmann in enger Freundschaft. Auf vieles Drängen des Freundes, zum Christenthum überzutreten, erklärt sich der Jude bereit dazu, doch wolle er erst nach Rom, dem Mittelpuncte der Christenheit, gehen. Der christliche Freund hält seine Sache für verloren, doch der Freund kehrt aus Rom zurück — als Christ. „Obgleich Du in Rom warst und die Sittenlosigkeit der hohen Kirchenfürsten gesehen hast?" „Nicht obgleich, sondern gerade deshalb, denn welche ungeheure innere Kraft muß dem Christenthum innewohnen, wenn es selbst durch die Verderbniß Derer, die seine obersten Hüter sein sollen, nicht entwurzelt werden kann."

Das Gleichniß liegt auf der Hand. Welche Fülle politischer Reife, Einsicht und Opferwilligkeit muß ein Volk besitzen, das von einer gewissenlosen Regierung in einen Krieg gezerrt wird, der Zehntausenden von Landsleuten Leben und Gesundheit kostet, der Milliarden an Vermögen verschlingt, der das Land um alle Sympathien der Nachbarstaaten bringt; welche Kraft, sagen wir, muß ein Volk haben, daß sich nicht nur aller Revolutionen gegen ein solches System enthält, sondern sogar noch diese Regierung mit aller Kraft stützt. Wir hatten letzthin Gelegenheit, von einem Manne, der vor Kurzem aus England, wo er durch Verwandtschaft und Freundschaft zu den angesehensten Familien in Beziehung steht, zu hören, daß in den besten Kreisen des Landes Herr Chamberlain — es steht dies freilich im Gegensatze zu dem, was die englische Presse glauben machen möchte — verhaßt und verachtet ist. Gleichwohl aber, so sagen diese Leute, darf dieser Mann nicht beseitigt werden, denn je kritischer die äußere Lage ist, desto stabiler müssen die inneren Zustände des Landes bleiben.

Ein Volk von so viel politischer Weisheit, ein Volk, welches um der kritischen Lage willen es versteht, seine persönlichen Sympathien und Antipathien zu zurückzudämmen, ein solches Volk verdient zweifellos den höchsten Respect, und insofern hat Lord Lansdowne Recht. Wenn aber die Achtung vor dem englischen Volke gestiegen ist, so ist desto mehr gesunken der Respect vor der englischen Regierung, vor der englischen Wehrkraft und vor der Solidarität des „greater Britain". Was die Regierung anlangt, so hat Rosebery tausendmal Recht, wenn er ihr vorwirft, sich mit einer nicht nachahmenswerthen Geschicklichkeit bei allen Mächten unbeliebt gemacht zu haben. Hinsichtlich der Wehrkraft weist Lord Lansdowne mit Stolz darauf hin, daß England über 200 000 Mann aufgebracht und gleichwohl noch eine ganze Anzahl von Mannschaften im Heimathlande behalten habe. Aber zum Ersten, was bedeutet denn diese Viertelmillion neben den mehr als zehnmal so großen Ziffern, die Deutschland, Rußland oder Frankreich jeder für sich aufbringen kann, und zum Zweiten, was hat denn diese Viertelmillion Soldaten in Südafrika Hervorragendes geleistet? Hat nicht vielmehr der Verlauf des Krieges ganz beschämende Beispiele von der vollkommenen Unfähigkeit vieler in hervorragender Stellung befindlicher britischer Heerführer geliefert?

Und schließlich die Solidarität des britischen Gesammtreiches. Wir haben schon mehr als einmal festgestellt, daß die gegenwärtigen englischen Staatsmänner wirklich gar keinen Anlaß haben, den südafrikanischen Krieg als leuchtenden Beweis dieser Solidarität anzuführen. Wenn Colonien von Hunderttausenden von Quadratmeilen und vielen Millionen von Einwohnern etliche Tausend schlecht disciplinirte Freiwillige stellen, zum Theil noch recht widerwillig, ja unter dem directen Proteste eines Theiles der Bevölkerung, so ist mit solcher Solidarität nicht viel Staat zu machen.

So meinen wir, daß der südafrikanische Krieg Alles in Allem der Weltmachtstellung Englands einen harten Stoß gegeben hat. Denn die Machtstellung des Staates beruht nicht nur auf den realen Momenten, der Wehrkraft, der Finanzen u. s. w., sondern recht wesentlich auch auf dem subjectiven Glauben, den andere Staaten von diesen Machtmitteln haben. Und da hat der südafrikanische Krieg manchen schönen Wahn entzwei gerissen.

Streiks und Aussperrungen in Oesterreich im Jahre 1900.

h. b. Sehr interessante socialstatistische Mittheilungen veröffentlicht das seit etwa zwei Jahren bestehende österreichische kaiserliche und königliche Arbeitsstatistische Amt in einem umfangreichen, dem Handelsminister erstatteten Berichte.*) In den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern fanden 1900 303 Arbeitseinstellungen statt — gegen 311 im Jahre 1899 und 172 im Jahre 1894. Sie betrafen 1003 Betriebe, 106 128 streikende Arbeiter, und verursachten 3 483 963 versäumte Arbeitstage. Etwa 13 Procent aller Streiks erstreckten sich gleichzeitig auf mehrere Unternehmungen, sind also sogenannte Gruppenstreiks. Die meisten entfallen auf die Textilindustrie und den Bergbau; etwa 50 Procent betreffen Großbetriebe. Die streikenden Arbeiter waren zu 90 Procent männlichen Geschlechts, in 13 Fällen streikten nur weibliche Arbeiter. Die Streiks gelernter Arbeiter bilden die große Mehrzahl, die jugendlichen (unter 16 Jahren) Arbeiter etwa 4 Procent aller Streikenden. Hinsichtlich des Beginns der Streiks ist bemerkenswerth, daß im Durchschnitt der letzten 7 Jahre auf das Frühjahr 38, den Sommer 28, den Herbst 18, den Winter 16 Procent kommen. Nach der Dauer entfallen mehr als die Hälfte auf Ausstände in der Dauer von 1—5 Tagen, etwa ein Drittel auf solche von 6—25 Tagen. Die durchschnittliche Dauer betrug 14, die längste 270 Tage.

Die Hauptveranlassung bildet Unzufriedenheit mit den Löhnen (152) und der Arbeitsdauer (in 69 Fällen). Die Entlassung von Arbeitern bot 36 mal, Lohnreductionen 26 mal, Nichteinhaltung mißliebiger Vorgesetzter 6 mal die Veranlassung. Die Unzufriedenheit mit den Lohnverhältnissen war also in rund 60 Procent aller Fälle die Hauptursache des Ausstandes. Unter sämmtlichen Streiks lassen sich 216 als Angriffs-, 50 als Abwehrstreiks charakterisiren. Gewöhnlich liegt übrigens nicht nur ein Beweggrund, sondern eine Reihe solcher in oft bunter Mischung vor. Unter den Lohnforderungen steht die auf Erhöhung der Zeit- und Stücklöhne obenan; sie wurde 1900 von 93 000 Arbeitern in 184 Streiks (61 Procent der Gesammtheit) gestellt. — Mit Bezug auf den Erfolg der Streikenden verdient Erwähnung, daß in 1900 bei 20 Procent aller Streiks und 4,65 Procent aller Streikenden voller Erfolg zu verzeichnen ist; ohne Erfolg für die Arbeiter verliefen 35 Procent der Streiks mit 10 Procent der Streikenden, mit theilweisem Erfolg 45 Procent der Streiks und 85,35 Procent der Streikenden. Der Ausstand war in der Regel um so erfolgreicher, je mehr und vollständiger sich die betreffende Arbeiterschaft daran betheiligte; er endete bei ungelernten Arbeitern verhältnißmäßig ungünstiger als bei gelernten, in Kleinbetrieben in der Regel günstiger als in Mittel- und Großbetrieben.

Die Forderung einer Erhöhung der Löhne, die ungefähr doppelt so häufig gestellt wurde, wie die einer Kürzung der täglichen Arbeitszeit, wurde in rund 50 Procent aller Fälle ganz oder theilweise erreicht. Die bezügliche Lohnerhöhung betrug 2—10 Procent des Lohns in 55 Fällen, 10—15 Procent in 13 Fällen, 15—20 Procent in 9 Fällen, 20—30 Procent in 9 Fällen. Die Verkürzung der Arbeitszeit machte aus ¼—1 Stunde in 49 Fällen, 1½—2 Stunden in 6, 3 Stunden in 1 Falle. Der letztere bezieht sich auf eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 16 (!) auf 13 Stunden. — In 19 Fällen traten die Arbeiter erst nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Ausstand ein, in 170 Fällen legten sie unter Contractbruch die Arbeit nieder, in 111 Fällen bestand keine Kündigungsfrist. — Die Verluste der Unternehmer und der Arbeiter aus Anlaß der Ausstellungen, die das arbeitsstatistische Amt auf dem Wege der Befragung der Unternehmer, sowie der Handels- und Gewerbekammern zu ermitteln strebte, werden mit 386 606 Kronen angegeben. Zu dieser Zahl ist zu bemerken, daß sie nur einen Theil der Firmen umfaßt und sich nur auf unmittelbar erkennbare Schäden bezieht, wie Entgang von Bestellungen, nutzlose Regiekosten bei stillstehendem Betrieb, Schäden durch neu aufgenommene, ungeübte Arbeiter, durch Verderben von Materialien, durch Heranziehung fremder Arbeiter (Reiseauslagen) u. s. w. Unberücksichtigt blieben die Einbußen in Folge gestörter Absatzverbindungen, der Vertheuerung der Production durch die höheren Löhne, der Nichteinhaltung von Lieferungsterminen und dergleichen. In der Textilindustrie giebt die Mehrzahl der Unternehmer als Folge der Einführung des Zehnstundentages einen 8- bis 10procentigen Productionsrückgang an, während der aus der bleibenden Erbitterung sich ergebende wirthschaftliche, sociale und sittliche Schaden sich der zahlenmäßigen Erfassung gänzlich entzieht. Den Lohnausfall schätzt der Bericht — unter gebührendem Vorbehalt — für die Arbeiter auf 10 414 000 Kronen. An weiteren Nachwirkungen sind zu verzeichnen einmal die Entlassung von 2658 Arbeitern und zum Anderen der Umstand, daß in 114 Fällen 7737 unbetheiligte Arbeiter durch die Streiks zum Feiern genöthigt wurden. Der Lohnverlust dieser letzteren beziffert sich auf etwa 378 000 Kronen; in 29 Fällen wurde die aufgezwungene Feierzeit vergütet. Weitere Folgen sind 540 Arrestirungen, 331 Verhaftungen, 10 Abschiebungen, 59 Ausweisungen, 77 polizeiliche und 597 gerichtliche Abstrafungen. Von den durch die Arbeitseinstellungen veranlaßten 1711 Versammlungen wurden 47 aufgelöst, 188 verboten.

Aussperrungen kamen im Jahre 1900 zehnmal vor, die Veranlassung bot meistens die Maifeier, sowie die Solidarität der Arbeitgeber gegen die Streikbewegung. Die 10 Aussperrungen betrafen 58 Betriebe mit 5324 Arbeitern, von denen etwa 75 Procent ausgesperrt, 10 Procent entlassen wurden.

*) Die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen in Oesterreich während des Jahres 1900. Herausgegeben vom kaiserlichen und königlichen Arbeitsstatistischen Amte im Handelsministerium. Wien 1901. Alfred Hölder.

Der Krieg in Südafrika.

Das neue Blaubuch über die Concentrationslager in Südafrika.

Das englische Blaubuch mit dem Titel: „Weitere Schriftstücke, betreffend die Verwaltung der Flüchtlings-Lager in Südafrika" setzt die in früheren Veröffentlichungen gegebenen amtlichen Mittheilungen bis auf die letzten Wochen fort und giebt in folgender Tabelle eine vorläufige Statistik der Sterblichkeit in den Flüchtlings-Lagern im Monat December 1901:

	Weiße Bewohner der Lager				Todesfälle unter den Weißen			
	Männer	Frauen	Kinder	Total	Männer	Frauen	Kinder	Total
Natal	1266	4481	5382	11,129	5	22	120	147
Capcolonie	24	58	198	280	0	0	0	0
Oranje-Freistaat	5676	14,587	23,542	43,755	85	255	911	1251
Transvaal	10,722	23,880	27,302	61,904	70	178	736	982
Total	17,688	42,906	56,424	117017	160	455	1767	2380

Während der letzten sieben Monate war die Sterblichkeit unter der gesammten weißen Bevölkerung der Lager überhaupt die folgende:

Weiße Bewohner der Lager:	Todesfälle:	Rate pro 1000 pro Jahr:
Juni	85 588	1218	170
Juli	102 638	1695	198
August	113 580	2859	284
September	109 418	2411	264
October	111 879	3156	338
November . . .	118 255	2807	284
December . . .	117 017	2380	244

Die Sterblichkeit unter den Kindern allein zeigt folgende Tabelle:

Weiße Kinder in den Lagern:	Todesfälle:	Rate pro 1000 pro Jahr:
Juni	43 075	576	159
Juli	46 366	1124	290
August	52 225	1545	354
September	54 826	1964	432
October	55 185	2683	572
November	57 945	2271	469
December	56 424	1767	372

Insgesammt sind im Jahre 1891 in den Lagern 13 245 weiße Kinder und 3540 weiße Erwachsene, zusammen 16 785 weiße Personen gestorben.

Vom Kriegsschauplatze.

Eine Depesche Lord Kitchener's aus Johannesburg vom 20. Januar besagt: Ununterbrochener Regen brachte die englischen Operationen überall zum Stillstand. Den Berichten der einzelnen englischen Abtheilungen zufolge wurden 31 Boeren getödtet, 13 verwundet und 170 gefangen. 41 haben sich ergeben. General French meldet, daß die Zahl des Feindes im Nordosten der Capcolonie sich auf etwa 150 Mann verringert hat, die in zerstreuten Abtheilungen unter Fouché und Wybourg stehen. Etwa 150 Mann unter Wessels sind in die Gegend westlich von der Linie Sterkstroom-Stormberg entkommen. Im Südwesten bewegt sich die Hauptmacht der Boeren auf das Dreieck Fraserburg, Carnarvon, Williston zu. Im Norden vom Oranjefluß und nördlich der Tabanchu-Linie werden kleine Boerenabtheilungen von englischen Colonnen verfolgt. Im Nordosten machen die Blockhauslinien gute Fortschritte. Die leicht beweglichen englischen Abtheilungen, die sich auf sie stützen, gewinnen an Terrain. Im östlichen Transvaal ist der Feind durch die letzten Operationen sehr zersprengt. Im Westen rückte General Methuen am 13. Januar von Brydburg auf Ventersburg vor, um gegen Delarey und Kemp zu operiren.

Aus dem englischen Unterhause.

* **London**, 20. Januar. (Schluß, ausführlich wiederholt.) Chamberlain weist alsdann Campbell Bannermann's Vorwürfe gegen die Regierung zurück. Selbst wenn diese von bedingungsloser Ergebung gesprochen hätte, was er in Abrede stelle, so sei es lächerlich, solche Politik mit Ausrottungspolitik zu verwechseln. Niemand sei wegen Hochverraths erschossen worden. Die Erschossenen seien wegen Mordes erschossen worden. (Beifall.) Die Regierung werde nicht eine allgemeine Confiscirung vorschlagen, aber sie lehne es ab, bei der Waffenstreckung des Feindes durch irgend welche specielle Bedingungen sich binden zu lassen, die ihr Verlegenheiten bereiten könnten; sie habe jedoch die Absicht ausgesprochen, dem besiegten Volke so bald wie möglich volle politische Rechte und von Anfang an gleiche Gerechtigkeit für alle Weißen zu verleihen. Wenn man einen dauernden Frieden haben wolle, müsse die geschlagene Nation ihre Niederlage anerkennen, was sie ohne Demüthigung thun könne, da die Boeren tapfer gegen weit überlegene Streitmacht gefochten. Die Regierung sei von keinen Rachegefühlen beseelt und nicht taub gegen Friedensanerbietungen, die von einer verantwortlichen Behörde kommen. Die Regierung sei aber nicht gewillt, Schritte zu thun, die Schwäche oder Schwanken beweisen würden, und sei nicht gewillt, die Proclamation vom 7. August vorigen Jahres zurückzuziehen, die am 5. September in Kraft getreten sei, und dies um so weniger, da er Schalk Burger's Worte anführen könne, die dahin gehen, daß, falls die Boeren nicht exilirt würden, dieselben im Stande sein würden, mit eigener Kraft und freundlicher Hilfe aus Europa Comités zu bilden, um ihre Nation und Religion, wie auch ihren Unterricht wieder herzustellen, um den unterdrückten nationalen Geist wieder zu erwecken. Man möge bedenken, was das bedeute. (Beifall bei der Opposition.) Die früheren Minister, führt Chamberlain mit Rücksicht auf diesen Beifall fort, sollten dieser Erklärung Beifall, als ob sie entzückt seien, sie zu hören. (Rufe: Nein!) Was die Amnestie betreffe, so sei er bereit, eine Politik zu acceptiren, die darauf abzielte, nachdem der Frieden hergestellt sei, die größtmögliche Amnestie zu gewähren, die mit Rücksicht auf die Gerechtigkeit denjenigen gegenüber, die gelitten hätten, und mit Rücksicht auf Englands eigene künftige Sicherheit gewährt werden könne. Er glaube, daß bezüglich dieser Lösung die Ansicht der Regierung diejenige der großen Mehrheit des Landes sei und daß die Regierung das Reich hinter sich habe, dessen Vertrauen, Zuneigung und Unterstützung sie sich zu erhalten beabsichtige. (Beifall.) — Dillon beantragt, den ersten Satz des Antrages Cowley durch folgende Worte zu ersetzen: Wir sind der Ansicht, daß die systematische Verwüstung der beiden südafrikanischen Republiken und die massenhafte Gefangennahme der Frauen und Kinder der Bürger und ihre Einsperrung in ungesunde Lager, in welchen ihnen ungenügende und ungeeignete Nahrung geliefert wird, den anerkannten civilisirten Kriegsgebräuchen widersprechen und daß solche Kriegsführung barbarisch ist und den Unwillen der gesammten civilisirten Welt außerhalb Großbritanniens erregt hat. — Der Antrag Dillons' wird mit 283 gegen 64 Stimmen abgelehnt; für denselben stimmen nur die irischen Nationalisten und einige Radicale.

Deutsches Reich.

/ **Leipzig**, 21. Januar. Dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig ist auf seine in Sachen des Zolltarifs Ende vorigen Monats an das sächsische Ministerium des Innern gerichtete Eingabe folgendes Antwortschreiben zugegangen:

„Den Anregungen der Leipziger Handelskammer folgend, hat das Ministerium des Innern bei den der Vorlage des Zolltarif-Entwurfs vorausgehenden Erwägungen der gewichtigen Interessen des Leipziger Buchhandels sich erinnert und wird dieselben auch für die Folge im Auge behalten."

β. **Berlin**, 21. Januar. (Die Wahl in Schaumburg-Lippe.) Am Donnerstag findet die aus mancherlei Gründen interessante Reichstagsersatzwahl im Fürstenthum Schaumburg-Lippe statt. Der Wahlkreis ist ein rein agrarischer, denn unter den 9000 Wahlberechtigten — beiläufig noch nicht halb so viel als im Durchschnitte des Reichs — wohnen 7000, also mehr als drei Viertel, in Orten von weniger als 2000 Einwohnern und nur 2000 in Orten mit 2000—10 000 Einwohnern. Dabei unterscheidet sich aber der Wahlkreis sehr wesentlich von rein agrarischen Wahlkreisen im Osten des Reichs, also etwa in Pommern, Mecklenburg oder Ostpreußen. Während dort der Großgrundbesitz entscheidend ins Gewicht fällt, existirt hier fast ausschließlich Kleingrundbesitz; es giebt nur 10 landwirthschaftliche Betriebe von mehr als 50 ha, hingegen über 5000 von 2 ha und darunter. Wenn also irgendwo die Behauptung der freisinnigen Parteien, daß die bäuerliche Bevölkerung von einer Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle eher Nachtheile als Vortheile zu erwarten habe, auf ihre Richtigkeit geprüft werden kann, so ist es in diesem Wahlkreise. Würde die das Hauptcontingent der Wählerschaft ausmachende kleinbürgerliche Bevölkerung dieser Auffassung zustimmen, so müßte der fortschrittliche Bewerber mit einer stattlichen Mehrheit gewählt werden. Die bürgerlichen Parteien, die bei den vorigen Wahlen mit vier Candidaten ins Feld rückten, haben diesmal nur zwei Bewerber aufgestellt, da die Conservativen sich mit den Antisemiten und die freisinnige Volkspartei mit der freisinnigen Vereinigung auf je einen gemeinsamen Candidaten einigten. Demnach müßte, vorausgesetzt, daß die Stimmung im Wahlkreise dieselbe geblieben ist, Graf Reventlow die conservativen und die antisemitischen Stimmen, rund 3000, erhalten, der fortschrittliche Candidat Demmig die 1898 auf die beiden freisinnigen Candidaten gefallenen Stimmen, rund 2600, erhalten. Die Socialdemokraten, die bei den vorigen Wahlen nur 1200 Stimmen erhielten, haben angesichts der Verringerung der Zahl der bürgerlichen Candidaturen diesmal erst recht keine Aussicht, in die Stichwahl zu gelangen. Sie würden aber, selbst wenn das Stimmenverhältniß zwischen den bürgerlichen Parteien sich etwas zu Gunsten der Conservativen verschieben sollte, immer noch in der Lage sein, in der Stichwahl dem freisinnigen Bewerber zum Siege zu verhelfen, wie ja auch bei den letzten Wahlen dank der socialistischen Unterstützung der fortschrittliche Candidat mit der, angesichts der Kleinheit des Wahlkreises ziemlich erheblichen Mehrheit von 800 Stimmen in der Stichwahl siegte. Ein Stichwahlerfolg der Fortschrittler gäbe also unter diesen Umständen noch lange keinen Anlaß zum Triumphiren und wäre noch kein schlüssiger Beweis dafür, daß die Zollstreitigkeiten die Wählerschaft zu Gunsten des radicalen Liberalismus beeinflussen. Ein Anhalt für die Stimmung der Wählerschaft wird vielmehr lediglich in der bei der Hauptwahl am Donnerstag sich ergebenden Stimmenverschiebung zwischen den zollfreundlichen und den zollgegnerischen Parteien zu finden sein.

△ **Berlin**, 21. Januar. (Die Gründung und Verwaltung von Volksbibliotheken.) Wie in den letzten Jahren sieht auch diesmal der preußische Etat eine bescheidene Summe für die Begründung von Volksbüchereien vor, nachdem der Erlaß des Unterrichtsministers aus dem Sommer 1899 sich über die Gesichtspuncte ausgesprochen hatte, nach denen bei der Auswahl der Bücher verfahren werden müsse. Es verdient Anerkennung, daß die preußische Unterrichtsverwaltung, in der zum Schaden der Sache die Bearbeitung des Bibliothekswesens, der Trennung des höheren und niederen Schulwesens entsprechend, zwei verschiedenen Abtheilungen untersteht, sich seiner Zeit zu dem Grundsatz bekannt hat, daß bei der Zusammenstellung des Lesestoffes von jeweiler Tendenz abgesehen werden müsse. Trotz dieser Directive haben die mit der Ausführung betrauten Landräthe der einzelnen Regierungsbezirke sich hier und da zu Maßnahmen verleiten lassen, die durchaus nicht im Sinne des erwähnten Erlasses sind. Die Einrichtung von Volksbibliotheken setzt eine Bekanntschaft mit unserem nationalen Schrifttum voraus, wie es nur in längerem Studium erworben werden kann. Zudem legt der unaufhörlich steigende jährliche Zuwachs an Volksliteratur den Leitern auch der kleineren Büchereien die Verpflichtung auf, die Neuerscheinungen sorgfältig zu prüfen. Zuverlässige Führer bei diesem verantwortungsvollen Geschäft sind die seit Kurzem in Hamburg herauskommende „Jugendschriftenwarte" und die in Leipzig (Harassowitz) erscheinenden „Blätter für Volksbibliotheken und Lesehallen", die eben in ihren dritten Jahrgang eingetreten sind. Das Januar- und Februarheft dieser Zeitschrift bietet eine nach Fächern geordnete Bücherschau, die dem Umfange nach sogar größeren städtischen Lesehallen genügen dürfte. Besonders wichtige Werke namentlich der schönen Literatur werden von Nörrenberg, Bübe und anderen Fachmännern meist in wenigen Zeilen ausreichend charakterisirt, während die Berichte über die Bibliotheken der einzelnen Communen erkennen lassen, welche Fortschritte auf diesem wichtigen Gebiete der Volksbildung unser Vaterland in der letzten Zeit gemacht hat. Andererseits kann freilich auch darüber kein Zweifel sein, daß in naher Zukunft wie an den Staat auch an die städtischen Verwaltungen Forderungen für kleinere Bibliotheken und für Lesehallen herantreten werden, denen sich beide schwerlich werden entziehen können.

* **Berlin**, 21. Januar. (Der Fall Endell-Keller.) Bezüglich der Urheberschaft der Anklagen, welche neuerdings in der Presse gegen Major Endell erhoben waren, ergiebt sich eine sonderbare Verwirrung. Die „Tägl. Rundsch." hatte erklärt, daß Herr Rector Dr. Keller in Birnbaum mit der Verfasserschaft des betr. Artikels nichts zu thun habe. Nun veröffentlicht ein Organ des Bundes der Landwirthe folgendes